

räten könne er aufgrund eigener Erfahrung „mit einem entschiedenen Ja“ beantworten, führte Habbich weiter aus, allerdings „sofern diese Medien sachgerecht und verantwortlich als Hilfsmittel, nicht aber als Selbstzweck oder im Extremfall zur bloßen Unterhaltung der Schüler eingesetzt werden“.

Wolfgang Schnare von der Gesamtschule Bockmühle (Essen) empfahl unter anderem „eine komplexere Herausgabe der Bekanntmachungen unter einem Stichwort eventuell in einer Loseblattform“; dies könnte „erhebliche Erleichterung schaffen“. Zuvor hatte Schnare bemängelt, „die Masse der amtlichen Bekanntmachungen und die Art und Weise, wie diese veröffentlicht werden“, erschwerten die schulische Arbeit. – „Unverständliche Verfahrensvorschriften im Zusammenhang mit Verrechtlichungstendenzen im Schulwesen“ kritisierte auch der Leiter der Essener Kaufmännischen Berufsschulen (Schule Ost), Oberstudiendirektor Holler.

Die Aktenführung in den Schulen war eines der Themen, die Sonderschuldirektor Dieter Schulte aus Gummersbach behandelte. Der Rektor berichtete: „Jede Schule regelt die Ablage der Akten anders. Der Schulleiter oder die Sekretärin übernehmen die Aktenführung jeweils vom Vorgänger. Fallen beide einmal gemeinsam aus, dann ist Holland in großer Not. Es fehlt jegliches vom Kultusministerium vorgegebene Raster einer Aktenführung in den einzelnen Schulen.“ Solche Raster seien heute bereits bei Fachverlagen „für teures Geld zu erwerben“. Ausführlich befaßte sich Schulrat Wilhelm Winkelmann (Mönchengladbach) mit der Verbesserung und Vereinfachung der Verwaltungsarbeit an den Schulen. Entscheidende Voraussetzungen seien durchschaubare Systematisierung des Veröffentlichungswesens im schulrechtlichen Bereich.

Der Abteilungsleiter beim Regierungspräsidenten Arnsberg, Werner Brenne, nannte mehrere Verbesserungsvorschläge zur Vorbereitung von Lehrkräften auf die Verwaltungsarbeit: In den Seminaren müßten verstärkt Themenschwerpunkte aus dem Schulverwaltungsrecht und Beamtenrecht behandelt werden. „Nur so erhält jeder Lehrer das für Verwaltungsaufgaben notwendige Grundwissen.“

Abteilungsleiter Geldschläger vom Schulkollegium beim Regierungspräsidenten in Münster vertrat die Auffassung, die vom Landesrechnungshof angeführten „belastenden Auswirkungen von Mängeln in amtlichen Veröffentlichungen auf die Schulen würden weitaus überschätzt“.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler
Redaktion: Josef Auweiler (Chefredakteur), Eckhard Hohlwein und Jürgen Knepper, Telefon: 884545, 884303 und 884304

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“ Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Günther Einert MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender, Dr. Marianne Ulsamer (SPD), Pressereferentin, und Gerhardt Schmidt (CDU), stellv. Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Porträt der Woche



Siegfried Zellnig (CDU)

Er gehört zu der Gruppe, die in den Parlamenten immer kleiner wird, auch im nordrhein-westfälischen Landtag, Siegfried Zellnig ist Rechtsanwalt, somit Freiberufler. Die Entscheidung, sich für die Landtagswahl 1980 zum ersten Mal als Kandidat der CDU im Wahlkreis 50 – Neuss I – aufstellen zu lassen, hat er sich schwer gemacht. Ihm war bewußt, daß die anwaltliche unter seiner politischen Tätigkeit leiden würde, „und so ist es auch gekommen, denn Politik ist mehr als ein Halbtagsjob“. Zumal er schon seit 1975 auch Mitglied des Rates der Stadt Neuss ist und stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender. Wenn er heute über diese Belastung spricht, klingt es gelassen – vielleicht weil er weiß, daß seine Frau und seine beiden Kinder dafür Verständnis aufbringen, daß er selten zu Hause ist. Dabei hatte selbst er den zeitlichen Umfang falsch eingeschätzt. Denn neben den örtlichen Verpflichtungen, neben Plenum, Ausschüssen, Arbeitskreis und Fraktion wartet Fachliteratur auf ihn, warten auch Gespräche mit Interessengruppen. Da bleibt wenig Freiraum. Etwa zum Tennis spielen oder mit der gesamten Familie ein Bundesliga-Spiel vorzugsweise von Mönchengladbach zu besuchen. Allerdings ist der Rheinländer auch noch Schalke-Fan. Zellnig wurde 1941 in Stolberg bei Aachen geboren. „Als Neunjähriger spielte ich in der dortigen Fußballmannschaft, die sich auch ‚die Königsblauen‘ nannten – daher mein Bezug zu Schalke.“

Der „organisierten Politik“ stand er zunächst skeptisch gegenüber – „auch wenn ich mich schon immer für Politik interessierte“. Und ihn, der 1960 in die CDU eintrat, faszinierten vor allem die Reden von Carlo Schmid, die er als Schüler bei den Bundestagsübertragungen im Fernsehen verfolgte. Der berufliche Aufstieg war schwer – voller Dornen: Volksschule, Industriekaufmann, Abendgymnasium, Jura-Studium. Vor acht Jahren machte er sich als Rechtsanwalt selbständig. In der Berufsschulzeit fielen die ersten Kontakte zur Katholischen Soziallehre durch einen Benediktiner – und als er zum Abendgymnasium nach Neuss wechselte, „da wollte ich eigentlich noch Jesuit werden“. Die Grundaussagen dieser Lehre bestimmen auch heute sein politisches Handeln, dazu setzt er „Solidarität, Gemeinwohlprinzip und die Forderung, Politik für die Menschen vom Menschen heraus zu machen“. Auch wenn er am 11. Mai 1980 als Neuling in den Landtag kam – „und da hatte ich das Gefühl wie damals, als ich zum ersten Mal in der Kölner Uni stand“ – so waren ihm weder Gebäude noch viele Kollegen fremd. Er

hatte sie bei seiner kommunalpolitischen Tätigkeit kennengelernt. Neu war für ihn die Arbeitsweise: „Wenn ich in diesem Punkt einen Vergleich ziehe zu den Entscheidungen im Stadtrat, dann muß ich sagen: dort geht man systematischer und auch durchschaubarer vor.“ Als Anwalt beschäftigt sich Zellnig vor allem mit Miet- und Baurecht. Kein Wunder also, daß er in den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen ging. Schon als Gymnasiast und als Student hatte er sich in einem Neusser Wohnungsbauverein um das Rechnungswesen als Buchhalter gekümmert. Das kommt ihm heute zugute – denn „wenn ich etwa über Mietrecht rede, dann ist das aus der Praxis selbst erlebt“ – da kann ihm keiner ein X für ein U vormachen. Auf diesem Feld setzt Zellnig seine Schwerpunkte. Auch wenn die Bundesgesetzgebung den Ländern einen nur engen Handlungsrahmen läßt, sieht er noch genug Bewegungsspielraum. Er wünscht sich vor allem bei der geplanten Neuordnung der Landesbauordnung, Vorschriften zu vereinfachen, Bauverfahren zu beschleunigen und damit billiger zu machen. „Meine Partei ist mit dieser Forderung in den Wahlkampf gezogen, und jetzt kann ich mit meinen praktischen Erfahrungen dazu beisteuern, daß sich auf diesem Gebiet tatsächlich etwas bewegt“, sagt er selbstbewußt. Eine andere Sorge sind die Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen. Zellnig plädiert dafür, das Land solle den Kommunen Pauschalzuweisungen geben. Denn nach seiner Erkenntnis können die Gemeinden vor Ort besser entscheiden, was wirkungsvoll zu tun ist. Allerdings verknüpft er seinen Wunsch mit der Forderung, daß das Land die Kontingente vorgibt und darauf achtet, daß Mietwohnungsbau und Eigentumsmaßnahmen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Arge Versäumnisse sieht er dabei vor allem im Ruhrgebiet, in dem lange Zeit einseitig auf den Mietwohnungsbau gesetzt wurde.

Dr. Wilm Herlyn